



Sozialdemokratische  
GewerkschafterInnen  
in der AK Wien

## **Antrag Nr. 10**

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen  
an die 166. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
am 25. Mai 2016

### **DEN DIGITALEN WANDEL GERECHT GESTALTEN**

Neue Technologien und Medien verändern Produktion, Arbeit und Konsum. Immer mehr neue Geschäftsmodelle entstehen, die ganze Branchen und Formen der Arbeitsorganisation verändern. Der digitale Wandel hat massive Auswirkungen auf die Arbeitswelt und insbesondere jene, die darin tätig sind, die ArbeitnehmerInnen.

Unser grundlegendes Ziel ist es, den digitalen Wandel gerecht und aktiv, vor allem aber im Interesse der Beschäftigten zu gestalten. Damit vom digitalen Wandel nicht nur eine kleine (neue) Elite, sondern die Gesellschaft als Ganzes profitiert.

Im öffentlichen Diskurs zum digitalen Wandel stehen oft die Entwicklung neuer Technologien, innovative Geschäftsmodelle und die Vorhaben großer Internetkonzerne im Zentrum. Viel mehr Aufmerksamkeit muss dagegen auf jene Entwicklungen gerichtet werden, die die meisten Menschen ganz direkt betreffen. Die Veränderungen in der Arbeitswelt. Die Arbeit, die unter veränderten Bedingungen geleistet wird, muss den arbeitenden Menschen auch in Zukunft ein faires Einkommen sichern und die neuen „digitalen ArbeitgeberInnen“ müssen einen gerechten Beitrag zu öffentlichen Sozial- und Gesundheitssystemen leisten. Die neuen Formen der Arbeitsorganisation etwa über Plattformen befördern aktuell ein Verschwimmen von selbständiger und unselbständiger Arbeit. Wenn keine entsprechenden gestaltenden Schritte gesetzt werden, droht eine Ausweitung von ungewollter Scheinselbständigkeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen mit allen negativen Folgen für die Betroffenen (in Bezug auf Arbeits- und Sozialrecht und Mitbestimmungsmöglichkeiten) und die Gesellschaft als Ganzes (in Bezug auf Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen). Neue Entwicklungen dürfen in diesem Sinne nicht zum Vorwand werden, um die Auflösung bestehender arbeitsrechtlicher und sozialer Standards und zentraler Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen zu legitimieren. Im Gegenteil: Nur wenn der digitale Wandel die Lebens- und Arbeitswelt breiter Bevölkerungsschichten verbessert, ist er gelungen.

Als ArbeitnehmerInnenvertretung werden wir dafür eintreten die realisierten Produktivitäts- und Effizienzgewinne aus dem digitalen Wandel gerecht zu verteilen. Sie dürfen sich nicht nur in höheren Gewinnen von Unternehmen niederschlagen, sondern müssen vor allem zur breiten Verbesserung der Lebens- und Arbeitsrealitäten jedes/r Einzelnen und zur Sicherung bzw zum Ausbau unseres Wohlfahrtsstaates eingesetzt werden. Zunehmend instabile Erwerbsformen führen zu einem gesteigerten Bedarf an laufender Aus- und Weiterbildung – um sich aus- und weiterbilden zu können, brauchen Menschen vor allem Zeit. Es braucht daher mit einem Rechtsanspruch versehene Bildungszeiten (ähnlich einer Bildungskarenz), die die Menschen im Laufe ihres Erwerbslebens in Anspruch nehmen können.

Es gilt vor allem auch jene Entwicklungen zu unterstützen, die ein Mehr an Verteilungsgerechtigkeit und Demokratie ermöglichen. So können etwa im Bildungsbereich noch viele Potentiale geschöpft werden, um sozial selektive Mechanismen abzubauen und mehr Menschen einen breiteren Zugang zu



Sozialdemokratische  
GewerkschafterInnen  
in der AK Wien

Wissen und Bildung zu ermöglichen. Neben einer für den Wirtschaftsstandort entscheidenden weiteren Forcierung von Forschung und Entwicklung zu digitalen Technologien, ist es dringend notwendig auch der Abschätzung von Folgen und Wirkungen eines breiten Einsatzes digitaler Technologien verstärkt wissenschaftliche Aufmerksamkeit zu widmen.

Gleichzeitig gilt es unternehmerische Strategien, die sich hinter positiv besetzten Begriffen – wie zB der sogenannten „Share Economy“ – verbergen, deren Kostenvorteil vor allem darin besteht, arbeits- und sozialrechtliche Standards zu untergraben, offenzulegen. Solche Praktiken müssen eingedämmt werden, genauso wie zu beobachtende Tendenzen zu Monopolbildung von Unternehmen, deren Geschäftsmodelle auf digitalen Netzwerken und dem Sammeln, Auswerten und Verknüpfen von Daten beruhen. Ein wesentliches Mittel dazu ist die Herstellung von Transparenz um bestehende Regulierungen auch in der Welt des Plattformkapitalismus durchsetzen zu können. Das ist gerade auch deshalb wichtig, damit Innovationen nicht durch Marktmacht verhindert werden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen die EigentümerInnen ihrer Daten bleiben und über die Verwertung durch Dritte entscheiden können.

Mit den Entwicklungen der Digitalisierung gehen auch Herausforderungen bei der Sicherstellung der Finanzierung des Sozialstaates einher, die etwa mit der Ausweitung von prekärer Beschäftigung, der Abnahme durchgängiger Erwerbsbiografien oder dem zunehmenden Verschwimmen von selbstständiger und unselbstständiger Arbeit einhergehen. Da neue digitale Unternehmen meist international agieren, wird auch die durchgehende und gerechte Besteuerung in Zukunft eine noch größere Herausforderung für die öffentliche Hand darstellen. In diesem Sinne muss über Möglichkeiten nachgedacht werden, wie die (neuen) großen Digitalisierungsgewinner an der nachhaltigen Finanzierung des Wohlfahrtsstaates beteiligt werden können.

Klassische Verteilungsfragen stellen sich im Zeitalter des digitalen Wandels wie eh und je. Es bleibt wesentliche Aufgabe der ArbeitnehmerInnenvertretung darauf hinzuwirken, dass von den Vorteilen des digitalen Wandels alle Gesellschaftsschichten profitieren.

**Die Vollversammlung bekennt sich zu folgenden Zielen im Sinne einer gerechten Gestaltung des digitalen Wandels für die ArbeitnehmerInnen:**

- Schaffung neuer und Ausbau bestehender rechtlicher Rahmenbedingungen für die digitale Arbeitswelt, die auch für neue Arbeitsformen – wie zB Crowdwork oder Online-Arbeitsvermittlungsplattformen – weiterhin gute Arbeitsbedingungen, faire Entlohnung, Mitbestimmungsrechte und soziale Absicherung garantieren. Diese müssen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene durchgesetzt werden. Dazu gilt es auch Vernetzungs- und Organisationsstrategien von „PlattformarbeiterInnen“ bzw CrowdworkerInnen aktiv zu fördern und zu unterstützen.
- Aktive Gestaltung der Auswirkungen der Digitalisierung auf die „traditionelle“ Arbeitswelt im Sinne der ArbeitnehmerInnen und Nutzung der Potentiale für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen.
- Vorausschauende Begleitung von branchenspezifischen Veränderungen der Arbeitsrealitäten bzw von strukturellen Veränderungen zwischen einzelnen Branchen.
- Entwicklung von Maßnahmen zur Nutzung der Potentiale der digitalen Technologien zur Sicherung und Steigerung von Beschäftigung, sowie Maßnahmen zur Abfederung potentiell negativer Beschäftigungseffekte der Digitalisierung.



Sozialdemokratische  
GewerkschafterInnen  
in der AK Wien

- Produktivitätsgewinne sollen für innovative Modelle der Arbeitszeitverkürzung zB in Form von Bildungsfreistellungen (wie im Kollektivvertrag der Elektroindustrie) genutzt werden.
- Bildungsoffensive 4.0 – digitale Kompetenzen müssen zu einem integralen Bestandteil der Basisbildung und spezifischen Berufsaus- und -weiterbildung gemacht werden. Außerdem muss es zu einem flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur an den Schulen und Bildungseinrichtungen kommen.
- Nutzung neuer Potentiale im Bildungsbereich im Sinne einer Verbreiterung des Zugangs zu Wissen und Bildungsressourcen. In diesem Sinne braucht es auch sozial verträgliche Finanzierungsmodelle für Lernsoftware und digitale Lernbegleiter.
- Stärkung des digitalen Beschäftigungsschutzes, sowie des Datenschutzes für ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen und des Verbraucherschutzes für InternetnutzerInnen.
- Durchsetzung gerechter Beiträge von Digitalisierungsgewinnern zur Sicherung und zum Ausbau der Finanzierung der Sozialsysteme.
- Sicherung und Ausbau bestehender betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmungsrechte auch in der digitalen Welt. Die Umstellung der österreichischen Wirtschaft auf die digitale Zukunft kann gesamtheitlich nur unter aktiver Einbindung der Beschäftigten und ihrer Vertretungen erfolgreich sein.
- Neue Technologien müssen für jeden zugänglich sein. Das Erlernen des Umgangs mit neuer Hardware und Software muss in jeder Lebensphase möglich sein, der Nutzen dieser Technologien im Sinne und Interesse aller stehen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig